Ausgabe Groß-Berlin

Deutsche Allgemeine Zeitung

Einzelpreis 10 Pfennig

Berlin, 10. Juli 1930
Donnerstag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8937—8949. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse: Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ" erscheint wöchentl. zwölfmal. Bezugspreis monatl. 4.35 RM d. eig. Boten. Durch d. Post 4.55 RM monatl. einschl. 0.60 RM Postzeitungsgeb. Hierzu Bestellgeld. Anzeigenpreis: 0.40 RM. Fam.-Anz. u. Stelleng. 0.25 RM die 27 mm br. Millim.-Zeile. Bei unverschuld. Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
Nr. 315
10. 7. 30

10 Pfennig

Unsere Meinung

Nach menschlichem Ermessen dürfte die **parlamentarische Erledigung des Deckungsprogramms gesichert** sein. Das ist natürlich zu begrüßen, weil es immer besser ist, wenn die letzten Möglichkeiten der Reichsverfassung nur im äußersten Notfall zur Anwendung kommen. Der **Reichskanzler** hat zusammen mit dem Reichsfinanzminister durch klare und sachliche Haltung es verstanden, die auseinanderstrebenden Parteien von ihren Sonderinteressen zu lösen und zu gemeinsamem staatspolitischen Handeln zu bewegen. Es ist nicht zu leugnen, daß das Deckungsprogramm von allen beteiligten Parteien Opfer fordert und daher unter dem Gesichtspunkt etwaiger Wahlversammlungen für sie ein gewisses Risiko bedeutet. Um so anerkennenswerter ist, daß sowohl das Zentrum wie die Deutsche Volkspartei sich jetzt zur Zustimmung entschlossen haben. Die **Deutsche Volkspartei** darf sich darauf berufen, daß sie noch einige wesentliche Verbesserungen in dem Deckungsprogramm durchsetzen konnte. Aber es waren wohl nicht allein diese zwei oder drei Punkte, die die große Mehrheit der Fraktion, in Uebereinstimmung mit der auch in der „DAZ" vertretenen Politik, schließlich zum Einverständnis mit dem Plan der Regierung bewogen: vor dem Zentralvorstand wurde mit Recht betont, daß die Deutsche Volkspartei nicht gut diese letzte bürgerliche Regierung, die mit dem Rücken an der Wand kämpfe, im Stiche lassen und stürzen könne. In der Tat ist für die hinter der Volkspartei stehenden bürgerlichen Kreise die vom Kabinett Brüning eingeleitete entscheidende Abkehr von den sozialistischen Regierungsmethoden wichtiger als Schönheitsfehler einzelner Gesetzesentwürfe. Und was schließlich die Bedenken wegen des Opfers der Beamten betrifft, so scheint sich in der Deutschen Volkspartei ebenfalls die Meinung durchgesetzt zu haben, daß kaum das gewiß unerwünschte Notopfer, wohl aber ein weiteres Abgleiten auf der Bahn der staatlichen und staatssozialistischen Mißwirtschaft die Fundamente des Staates und damit auch die Grundlage aller wohlerworbenen Rechte der Beamten erschüttern würde. Wenn der jetzt beschrittene Weg konsequent weiter verfolgt wird, kann die Annahme des Deckungsprogrammes zu einem Wendepunkt für den deutschen Staat und die deutsche Wirtschaft werden, und wir zweifeln nicht, daß auch die Deutschnationale Volkspartei sich dieser entscheidenden Erwägung nicht entziehen wird.

★

Das Unglück des Wasserflugzeuges der Deutschen Lufthansa hat sich nun als noch bedeutend schwerer herausgestellt, als es die ersten Meldungen vermuten ließen. Mit den Angehörigen bedauern wir den Verlust von so vielen blühenden Menschenleben auf das tiefste. Diesem menschlichen Mitgefühl gesellt sich aber ein wohl nicht unberechtigtes Befremden zu über die ganze Behandlung des Vorfalles durch die für den Dienst verantwortliche Gesellschaft. Die deutsche Lufthansa gefällt sich nicht zum ersten Male in dem Versuch, Unglücksfälle zu vertuschen. Oder, setzt sie gar, was noch schlimmer wäre, nicht sofort alle Mittel ein, um sie restlos aufzuklären? **Das verunglückte Flugzeug** hatte einen Funkapparat mit. Es scheint, daß der Unfall diesen sofort außer Tätigkeit gesetzt hat. Was ist nun seitens der Leitung geschehen, als die Nachrichten von dem auf Fahrt befindlichen Flugzeug ausblieben? Stunden- und tagelang lagen keine zuverlässigen Meldungen vor. Bornholm steht unseres Wissens, zum mindesten radiotelegraphisch, ständig mit dem Festland in drahtloser Verbindung für alle Nachrichten, die sich auf Schiffsunglücke beziehen; dazu gehört auch der vorliegende Fall. Hat sich die drahtlose Station geweigert, Auskunft zu geben oder hat man es überhaupt nicht für nötig gehalten, alle Mittel der Information auszuschöpfen? War es wirklich unmöglich, Nachrichten von dem holländischen Schiff zu erhalten, dessen Fahrtroute doch zu erkunden war? Das ist das eine. Zum zweiten möchten wir aber auch Aufklärung haben über die Instruktionen für den Fall von Seenot. Die Nachricht, daß es nicht möglich gewesen ist, wegen des hohen Seegangs die Fluggäste an Bord des Motorseglers zu bringen, wohl aber die Schleppleine zu übernehmen, bedarf der Aufklärung ebenso, wie die widerspruchsvollen Angaben des Flugkapitäns. Im einzelnen ist die von uns veröffentlichte Darstellung des Kapitäns ziemlich dürftig und durchaus nicht klar und erschöpfend. Die Behandlung dieser und ähnlicher Vorfälle der Oeffentlichkeit gegenüber kann das Vertrauen zum Luftverkehr leider nicht stärken. Wir halten im wohlverstandenen Interesse des Flugverkehrs eine amtliche Untersuchung des gesamten Vorfalls für erforderlich.

II. Den Haag, 9. 7. (Eigenbericht)

Im niederländischen Ministerium des Auswärtigen wurden deutsch-holländische Besprechungen zum Zwecke der **Verbesserung des deutsch-holländischen Grenzverkehrs** eröffnet. Die Verhandlungen werden deutscherseits von dem deutschen Gesandten im Haag, Grafen Zech, geführt.

Premiere von gestern

Zuckmayer: „Der fröhliche Weinberg"

Volksbühne

Nach mehrjähriger Pause, während der die Welt beträchtlich weiter gerollt ist, erweist sich Zuckmayers Lustspiel als ein Stück, das den deutschen Spielplan nicht verlassen wird, nicht wegen seiner literarischen Bedeutung, sondern wegen seiner herrlichen gesunden Laune, die so selten geworden ist. Die Regie von H. D. Kenter bedeutete bei mittlerer Darstellung eine Verbesserung. Das Publikum amüsierte sich köstlich und war begeistert. Der Verfasser mußte immer wieder vor den Vorhang.

Furchtbare Grubenkatastrophe im Neuroder Kohlenrevier

Bisher 67 Tote geborgen — Noch zahlreiche Bergleute im Schacht eingeschlossen

Kohlensäureeinbruch als Ursache

gb. Glatz, 9. 7. (Eigenbericht)

Heute nachmittag um 4 Uhr ereignete sich auf dem Kurt-Schacht in Hausdorf bei Neurode auf der zweiten und dritten Sohle ein gefährlicher Kohlensäureausbruch, durch den die gesamte 17. und 18. Abteilung — rund 200 Bergleute — in schwere Gefahr gerieten.

In der zehnten Abendstunde waren 67 Bergleute als Leichen geborgen.

Vom Knappschaftslazarett in Neurode erfahren wir, daß bis um 23 Uhr insgesamt 48 Tote und 49 an Kohlensäurevergiftung Erkrankte eingeliefert wurden. Auch andere Krankenhäuser sind zur Unterbringung der Toten und Kranken in Anspruch genommen worden.

★

lft. Breslau, 9. 7. (Eigenbericht)

Das schwere Grubenunglück auf dem Kurt-Schacht in Hausdorf bei Neurode droht in seinen Ausmaßen dasjenige in der Heinitzgrube in Oberschlesien vom 31. Januar 1923 zu übertreffen, bei dem damals durch Kohlenstaubexplosion 112 Bergleute zu Tode kamen. Es handelt sich um insgesamt 191 Bergleute aus zwei Steigerabteilungen, die von der Katastrophe überrascht wurden. Unter den geborgenen Todesopfern befindet sich auch ein Steiger. Es besteht wenig Hoffnung, die noch Eingeschlossenen lebend zu bergen. In Hausdorf, Neurode und den anderen Orten des Waldenburger Kohlenreviers herrscht naturgemäß gewaltige Aufregung. Alle Hilfsmaßregeln durch Rettungskolonnen der Bergreviere, Alarmierung der Feuerwehren und dergleichen sind getroffen. Die Behördenvertreter weilen an der Unglücksstelle.

Die Katastrophe erinnert an das schwere Unglück, von dem vor knapp Jahresfrist die Glückhilf-Friedenshoffnung-Grube in Waldenburg betroffen worden ist, wo durch Schlagwetterexplosion 33 Bergleute ums Leben kamen.

Volkspartei und Zentrum stimmen zu

Kabinettssitzung über das „ergänzte Deckungsprogramm"

Nach der Plenarsitzung des Reichstags traten die Fraktionen zusammen, um sich mit dem Deckungsprogramm und den Ergänzungsvorschlägen zu beschäftigen. Die **demokratische Fraktion** beendete ihre Beratungen zuerst. Sie teilt mit: „Die Fraktion kann vorbehaltlich aller Einzelheiten an weiteren Verhandlungen über das Deckungsprogramm nur teilnehmen, wenn dem jetzigen Programm eine Vorlage über eine Alkohol-Gemeindeverbrauchssteuer hinzugefügt wird. Die demokratische Reichstagsfraktion hält einmal die jetzige Vorlage im Hinblick auf die Sanierung der Gemeindefinanzen nicht für ausreichend, sie kann es aber auch **nicht verantworten, eine Kopfsteuer einzuführen, ohne den Alkohol zu belasten.**"

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei faßte den Beschluß, der Gesamtheit des nunmehr vorliegenden Deckungsprogramms unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß auch die übrigen hinter der Regierung stehenden Parteien dazu bereit seien.

Wie ergänzend aus Kreisen der Deutschen Volkspartei mitgeteilt wird, erkennt die Fraktion an, daß die nunmehrige Umgestaltung der Deckungsvorlage der Reichsregierung **wesentliche Verbesserungen** aufweist, die in der Einfügung der Bürgerabgabe, in der Aenderung des § 163 der Arbeitslosenversicherung und in der Ermöglichung weiterer Ersparnisse im Etat bestehen. Mit der Führung der weiteren Verhandlungen ist der Fraktionsvorsitzende, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, beauftragt worden.

Die **Zentrumsfraktion**, die ihre Beratungen als letzte erst in der zehnten Abendstunde beendete, faßte folgenden, wie es offiziös heißt, **einmütigen Beschluß:**

„Trotz mancher Bedenken stimmt die Zentrumsfraktion den Ergänzungsvorschlägen der Regierung zu, weil dadurch die einzige Möglichkeit besteht, die Deckungsvorlagen auf parlamentarischem Wege zu erledigen."

Die Fraktion der **Wirtschaftspartei** stimmte den Regierungsvorschlägen zu, lehnte aber die von den Demokraten geforderte Schankverzehrsteuer ab. Die **Bayerische Volkspartei** kam zu folgender Stellungnahme: „Erstens: dem Vorschlag betreffend Reform der Arbeitslosenversicherung tritt die Fraktion bei. Zweitens: den Entwurf eines Bürgersteuergesetzes **lehnt die Fraktion ab.**"

★

Am Spätabend trat das **Reichskabinett** in der Reichskanzlei zusammen, um sich unter dem Vorsitz Dr. **Brünings** mit dieser neuen Lage zu beschäftigen.

Auf Grund der Besprechungen vom Mittwochmittag hatte das Kabinett zunächst geplant, es den Parteien selbst zu überlassen, durch gemeinsame Initiativanträge die gewünschten Ergänzungen einzufügen. Nachdem aber die Demokraten und die Bayerische Volkspartei vorläufig noch Schwierigkeiten machen, besteht die Möglichkeit, daß sich die Regierung entschließt, die ohnehin von ihr ausgearbeiteten Entwürfe als eigene Vorlagen dem Reichsrat zuzuleiten.

Die Kabinettssitzung dauerte bei Schluß des Blattes noch an. Die Antwort auf Briands **Paneuropa-Memorandum**, deren endgültige Fassung verabschiedet werden sollte, wird nicht zur Beratung kommen, sondern zurückgestellt werden müssen.

★

Den Verhandlungen lag die Bereitschaft des Kabinetts zugrunde, sein Programm um die in der Parteiführerbesprechung in Aussicht genommenen Maßregeln zu ergänzen, **falls die Parteien dem Deckungsprogramm zustimmen würden.** Diese ergänzenden Maßregeln enthalten nach dem Entwurf des Kabinetts folgendes:

1. Es wird ein Gesetz über die Bürgerabgabe erlassen, das den Gemeinden die **Erhebung einer Bürgersteuer** anheimgibt. Die Höhe wird von den Ländern bestimmt, soll aber im Rechnungsjahr nicht unter 6 Mark liegen, bei Personen, die der Lohnsteuer nicht unterliegen, nicht unter 3 Mark. Für Ehegatten mit Doppelverdienst darf der Satz nicht unter 4,50 Mark liegen. Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats bestimmte Personenkreise von der Steuerpflicht zu befreien. Weitere Bestimmungen des Gesetzes regeln die Verhältnisse bis zum Inkrafttreten des Grundsteuerrahmengesetzes und des Gewerbesteuergesetzes. **Sie sollen eine Senkung der Realsteuern in die Wege leiten.** Später sollen die Zuschläge zur Bürgersteuer mit den Realsteuern durch ein besonderes Reichsgesetz verkoppelt werden.

Ab 1. April 1931 ist das Aufkommen an Bürgersteuer zur Senkung der Realsteuern zu verwenden. Das Gesetz soll am 1. Oktober 1930 in Kraft treten.

2. § 163 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wird durch Einfügung folgender Bestimmung geändert: „Der Höchstbetrag der Reichsdarlehen muß vom 1. April 1931 ab jeweils im Haushaltsgesetz festgesetzt werden."

3. Die Reichsregierung gibt die Erklärung ab, daß die Streichungen am Etat 1930 „mindestens" 100 Millionen betragen.

★

Bei glattem Verlauf hofft man, bis Ende nächster Woche das gesamte Programm unter Dach und Fach zu haben.

★

Das Reichskabinett verabschiedete vorher den Entwurf eines Gesetzes über die deutsche Golddiskontbank. Er wird unverzüglich dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat zugeleitet werden. Dann gab der Reichsminister der Finanzen dem Reichskabinett Kenntnis von der **Neuregelung der öffentlichen Kreditgebarung**, danach fand unter dem Vorsitz des Reichsministers der Finanzen und in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten eine **Länderbesprechung** statt, in der über die geplante **Ausgestaltung der Beratungsstelle für öffentliche Kredite** verhandelt wurde. Nach einleitenden Worten des Reichsfinanzministers und des Reichsbankpräsidenten stimmten die Ländervertreter der Notwendigkeit einer pfleglichen Behandlung der Kapitalmärkte zu.

Es bestand Einmütigkeit darüber, daß eine Ueberwachung der Auslandskredite fortbestehen muß, und daß auch für Inlandskredite geeignete Wege zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der öffentlichen Kreditnehmer gefunden werden müssen. Demgemäß wurde zur Festlegung der Einzelheiten eine Unterkommission eingesetzt, die ihre Tätigkeit bereits aufgenommen hat.

Keine Erhöhung der gesetzlichen Miete

Der **Rechtsausschuß** des Reichstages beendete am Mittwoch die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Fälligkeit und **Verzinsung der Aufwertungshypotheken.** Es wurden einige Aenderungen beschlossen. Sehr wichtig sind zwei zum Schluß angenommene Entschließungen.

Danach soll eine Erhöhung der gesetzlichen Miete wegen einer Erhöhung des Hypothekenzinsfußes auf Grund des Gesetzes über die Fälligkeit der Aufwertungshypotheken nicht erfolgen. Vielmehr soll die Erhöhung des Zinsfußes durch eine entsprechende Senkung der Hauszinssteuer ausgeglichen werden.

Wird Stalin russischer Regierungschef?

Einschneidende Personalveränderungen in Sowjetrußland

Wie wir von ausländischer (nichtrussischer) Seite hören, sind wichtige Veränderungen an den höchsten Regierungsstellen in Sowjetrußland beschlossen worden. Ihre offizielle Verkündung wird jedoch erst nach Abschluß des gegenwärtig in Moskau tagenden kommunistischen Parteikongresses erfolgen.

Zunächst steht fest, daß Stalin von seinem Posten als Generalsekretär der kommunistischen Partei zurücktreten und das Präsidium des Rats der Volkskommissare übernehmen wird. Dieser Wechsel bedeutet aber keineswegs eine Verringerung der Machtposition Stalins, sondern vielmehr eine weitere Verstärkung, denn er wird mit seinem neuen Amt die Verantwortung der gesamten sowjetrussischen Politik nach außen und innen übernehmen. Damit liegt zum ersten Male seit dem Tode Lenins auch die formelle Regierungsgewalt wieder in den Händen des tatsächlichen Leiters der sowjetrussischen Politik, während sie bisher von Stalin inoffiziell hinter den Kulissen geführt wurde.

Hand in Hand mit dieser einschneidenden Veränderung geht die Kaltstellung Rykows. Er tritt von seinem Posten als Vorsitzender des Rats der Volkskommissare zurück, ohne eine andere maßgebende Stellung zu erhalten und wird zunächst einen sechsmonatigen Urlaub nehmen. Rykow gehörte bekanntlich zu der sogenannten Rechtsopposition und sah sich genötigt, während des Kongresses in aller Form ein Reuebekenntnis abzulegen. Anscheinend hat diese politische Wandlung den obersten Parteiinstanzen jedoch nicht genügt und seine Entlassung nicht zu verhindern vermocht.

Als Nachfolger Stalins auf dem Posten des **Generalsekretärs** der kommunistischen Partei ist der bisherige stellvertretende Generalsekretär **Kaganowitsch** ausersehen.

Sehr bemerkenswert ist ferner das Ausscheiden des Kriegsministers Woroschilow, der den Vorsitz des Rates für Arbeit und Verteidigung übernimmt und durch General Blücher, den Oberkommandierenden der sowjetrussischen Truppen an der mandschurischen Grenze während des Konflikts um die Ostchinesische Eisenbahn, ersetzt wird.

Auch der Vorsitzende des obersten Wirtschaftsrats **Kubyschew** verläßt sein Amt. An seine Stelle tritt der bisherige Vorsitzende des Volkskommissariats für Arbeiter- und Bauerninspektion, der sogenannten RsKI., **Orjonikidze**, dessen Posten wiederum der langjährige Vorsitzende des Zentralkontrollkomitees der Partei, der obersten juristischen Parteiinstanz, **Jaroslawski** bekleiden wird, der als ausgesprochener Gegner der Kirche gilt. Der gegenwärtige Vorsitzende des Obersten Wirtschaftsratsrats **Kuybischew** und der „Kandidat des Politbüros", **Andrejew**, werden zu stellvertretenden Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare ernannt, also gewissermaßen zu Staatssekretären Stalins. Schließlich ist noch ein Wechsel in der Leitung des „Gos Plans", der Instanz, der die gesamte wirtschaftliche, industrielle und finanzielle Entwicklung Sowjetrußlands anvertraut ist, vorgesehen. Der bisherige Vorsitzende **Krzhischanowsky** wird durch den früheren Volkskommissar für Eisenbahnwesen **Rudzutak** abgelöst.

Es ist, wie unser ausländischer Gewährsmann hinzufügt, nicht ausgeschlossen, daß sich innerhalb der nächsten 14 Tage, während der Dauer des kommunistischen Parteikongresses, noch gewisse Abweichungen von dieser grundsätzlich beschlossenen Reorganisation der sowjetrussischen Regierungsmaschinerie vollziehen können, doch dürfte es sich hierbei nur um unbedeutende Veränderungen handeln, da die Neubesetzung der maßgebenden Posten in dem angegebenen Sinne bereits festzustehen scheint.